

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N^o 26.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsrate pro Spalte, Zeile oder deren Raum 25, f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, 23. Dezember 1905.

Verlag:
A. Bohrer, Hannover, Burgstraße 2.
Verantwortlicher Redakteur:
August Drey, Hannover, Burgstraße 9, 1.
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

14. Jahrg.

Zur Beachtung!

Mit dieser Nummer sind die Abrechnungsformulare zur Versendung gekommen.

Es sei darauf hingewiesen, daß die Ausgaben, welche für die Erwerbslosen-Unterstützung bestritten werden mußten, in die Abrechnung einzustellen sind.

Die für die Erwerbslosen-Unterstützung geforderten, von uns gesandten Zuschüsse sind als Einnahme in die Abrechnung einzustellen.

Wir ersuchen alle Vertrauensmänner und Bevollmächtigten, recht pünktlich abzurechnen, damit wir einen genauen Ueberblick erhalten, wie uns die Erwerbslosen-Unterstützung belastet. Es darf deshalb kein Verbandsort bei der Quartalsabrechnung ausfallen. Das wollen die Kolleginnen, Kollegen und Revisoren beachten und für pünktliche Abrechnung Sorge tragen.

Mit Auszahlung der Erwerbslosen-Unterstützung erwacht uns auch die Pflicht, an das kaiserliche Statistische Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, die Nachweisungen über Arbeitslosigkeit zu liefern. Es werden zu diesem Zwecke auch mit der heutigen Nummer mit unserer Adresse versehene Postkarten versandt. Diese Postkarten sind ausgefüllt bis zum 4. Januar an uns einzusenden.

Auf der Postkarte ist in Spalte 1 anzugeben die Mitgliederzahl, welche am Schluß des Quartals vorhanden war.

In Spalte 2 sind die unterstützten und nicht unterstützten Arbeitslosen am Orte anzugeben, die während des ganzen Quartals vorhanden waren.

In Spalte 3 wird die Zahl der unterstützten und nicht unterstützten Arbeitslosen des Ortes angeführt, die am letzten Tage des Quartals vorhanden waren, einschließlich derjenigen, die sich an diesem Tage neu als arbeitslos anmeldeten.

Als arbeitslos gelten nur die Kolleginnen und Kollegen, welche wegen Mangel an Arbeit arbeitslos sind oder Unterstützung beziehen! Nicht die wegen Krankheit oder Streik Arbeitslosen.

Die Kollegen werden ersucht, uns die Karten pünktlich einzusenden. Pünktliche Einsendung ist deshalb erforderlich, weil wir noch die einzelnen Karten zu bearbeiten und das Gesamtergebnis bis zum 10. des dem Quartalschlusse folgenden Monats an das Statistische Amt einzusenden haben.

Bei Zusendung von unter 5 Exemplaren von dem Notizkalender können wir nicht portofrei senden, sondern müssen Porto in Rechnung stellen.

Reisegeschenke werden nicht mehr in jeder Zahlstelle ausgezahlt, sondern nur in den im Tourenverzeichnis aufgeführten Auszahlungsorten.

Der Notizkalender ist vergriffen!

Mit koll. Gruß

J. A.: Aug. Drey.

Der deutschen Proletarier Weihnachtsbescherung.

Noch eben vor Weihnachten treten die verbündeten Regierungen mit einem neuen Steuerbuckett vor das deutsche Volk hin, wie gute Tanten, die ihren lieben Kindern eine Freude machen wollen. In der Thronrede, die beim Zusammentritt des Reichstages verlesen wird, wird uns das Steueragout mundgerecht gemacht.

Zunächst überrascht uns die Thronrede durch einen Hinweis auf die Handels- und Tarifverträge, die den festen Grund bilden, auf dem sich deutscher Fleiß und Unternehmungsgeist in Sicherheit entfalten kann. Daß diese Auffassung der Sachlage den volkswirtschaftlichen Tatsachen entspricht, kann nur ein Uneingeweihter behaupten. Der deutsche Fleiß, der doch unstreitig in der deutschen Arbeiterklasse seine Verkörperung findet, kann sich unmöglich in Sicherheit entfalten, wenn man den Arbeitern die Lebenshaltung durch eine wahnwitzige Zollpolitik verteuert. Und was den Unternehmungsgeist anbelangt, so dürfte es auch noch recht zweifelhaft sein, ob die Schutzzollbarrikaden und Grenzsperrn das richtige Mittel sind, um das moderne Wirtschaftsleben zu befruchten.

Aber noch schlimmeres steht dem deutschen Volke bevor, denn der Militär- und Marine-Moloch reißt

seinen Nachen immer weiter auf. Während sich die Ausgaben für Heer und Marine im Jahre 1887/88, beim Regierungsantritt des jetzigen Kaisers, auf ca. 400 Millionen belaufen, betragen sie im laufenden Rechnungsjahre ca. 1000 Millionen Mark, d. h. also eine volle Milliarde. Dementsprechend ist auch die Schuldenlast des Reiches in derselben Zeit angewachsen von 700 Millionen Mark auf 3500 Millionen Mark. Das ist auch weiter kein Wunder, denn die Weltpolitik, wie sie heutzutage in Deutschland betrieben wird, kostet Geld und bringt nichts ein. Deutschland muß ja den „Hans Dampf in allen Gassen“ spielen, es muß mit der gepanzerten Faust im Nebel herumfuchteln und zugleich im Konzert der Völker die große Trommel schlagen. Da bleibt uns denn nichts anderes übrig, als immer neue Steuerpläne auszuhacken, um Geld in den Beutel zu bekommen.

Dem kulturfeindlichen Militarismus und Marinismus verdanken wir es also hauptsächlich, wenn unsere Steuerlast immer drückender und unerträglicher wird. Auch die neuen Steuern, die uns auf den Weihnachtsfest gelegt werden, sollen dem Moloch in den Nachen geworfen werden. „Die Finanzen des Reiches“, so erzählt uns die Thronrede, „sind allmählich in einen Ruhezustand getreten, der baldige und durchgreifende Abhilfe erfordert. Die Schuldenlast des Reiches hat sich ohne planmäßige Tilgung ständig vermehrt. Die Finanzen der Bundesstaaten leiden schwerer unter den gesteigerten Ansprüchen, die das Reich an sie stellt. Neue Macht- und Kulturaufgaben der Nation harren der Lösung. Unbedingt bedarf das Reich neuer Einnahmen. Die Reformvorschläge der verbündeten Regierungen lassen den notwendigen Unterhalt des Volkes frei. Unter Anerkennung des Grundgesetzes, die Lasten des Gemeinwesens möglichst nach der Leistungsfähigkeit zu verteilen, wollen sie die neuen Einnahmen teils aus den Genussmitteln Bier und Tabak, sowie aus dem Personenverkehr und Güterumsatz, teils aus einer Reichserbschaftsteuer gewinnen. Bei Ihrer Prüfung des schwierigen Wertes möge Sie die patriotische Einsicht leiten, daß die Deckung des Reichsbedarfs dem Leben und Gedeihen der Nation dienen soll.“

Da haben wir die Bescherung! Wir hören da — was wir schon längst gewußt haben — daß unsere Finanzwirtschaft im Zeichen des Dalles steht und zu einer reinen Pumpwirtschaft geworden ist. Aber nicht hören wir davon, daß die Schulden nach und nach getilgt werden sollen, im Gegenteil, die Regierung schlägt für das Jahr 1906 eine neue Anleihe in Höhe von über 125 Millionen Mark vor. Das Pumpen soll also munter weiter gehen, und die gepumpten Gelder, sowie die neuen Steuererträge werden für neue Schlachtschiffe und den Kolonialrummel draufgehen. Und was die Behauptung anbelangt, die Lasten des Gemeinwesens würden möglichst nach der Leistungsfähigkeit verteilt werden, so hat uns die Erfahrung eines besseren belehrt. Ebenso wie die früheren Steuerlasten zum allergrößten Teil auf die Schultern der großen Masse des arbeitenden Volkes gelegt worden sind, ebenso bedeuten auch die neuen Steuern eine neue, schwere Belastung des Proletariats.

In erster Linie sollen Bier und Tabak bluten, nachdem man Brot und Fleisch bereits ungehörlich versteuert hat. Abgesehen davon, daß die Arbeiter der Tabakbranche und des Brauereigewerbes durch die neuen Steuern wirtschaftlich aufs schwerste geschädigt werden, so erscheint es als eine arge Bedrückung, wenn man den Arbeitern Tabak und Bier, die zu unentbehrlichen Genussmitteln geworden sind, verteuern will. Die Proletarier müssen entweder den Lugal, „Bier“ zu trinken und Tabak zu rauchen, aufgeben und zum Schnaps und trockenen Kartoffelblättern zurückkehren, oder sie müssen an anderen notwendigen Bedürfnissen sparen. Nach jeder Richtung hin bedeutet die in der Thronrede angekündigte Finanzreform eine schwere Belastung der Arbeiterklasse.

Und wohin soll es führen, wenn man den deutschen Arbeitern wiederum ein paar hundert Millionen Mark aus der Tasche ziehen will, obwohl sie durch die Steigerung der Preise für Brot, Fleisch, Wohnung und sonstigen Lebensunterhalt ohnehin schon arg bedrückt werden? Die Zollpolitik, die die Agrarier bereits unter Dach und Fach gebracht haben, eine Schweinepolitik in des Wortes verwegener Bedeutung, häuft Lasten über Lasten auf das arbeitende Volk, und nun beabsichtigt man eine erhöhte Besteuerung der Massen-

verbrauchsartikel. Denn die anderen Steuerorschläge, die nur so nebenher laufen, gewissermaßen als Dekoration, werden wenig genug einbringen. Den wesentlichen Teil der neuen Steuern wird die große Masse des Volkes tragen, was ja immer der Fall ist, wenn sich eine neue Steuerwelle über ein Land ergießt: das Wasser sicker stets nach unten und bleibt in den Niederungen stehen, während die höchsten Punkte trocken bleiben. Da werden sich denn die Proletarier darauf gefaßt machen müssen, den Hungerriemen noch fester anzuschneiden und sich und ihre Familien noch mangelhafter ernähren zu können, wie es schon heute der Fall ist.

Eigentlich sollte man von den Staatslenkern erwarten, daß sie sich einmal ernstlich die Frage vorlegen, wovon denn die Arbeiterklasse die neuen Steuern bezahlen soll. Steigen vielleicht die Löhne in demselben Verhältnis oder tut die Regierung irgend etwas, um den Arbeitern das Erkalten einer Teuerungszulage zu erleichtern? Im Gegenteil! Die Ausbeutungsgier des Unternehmertums und der Uebermut des Kapitalprohntums ist beständig im Steigen begriffen, und die Regierung unterstützt diese Herren nach jeder Richtung hin, anstatt den Arbeitern gegenüber eine wohlwollende Neutralität zu bewahren.

Aber das ist ja der Fehler: der Staat fählt sich als der Vertreter und Beförderer des Kapitalismus und die Behörden sind kapitalistisch durchseucht bis auf die Knochen. Für die Arbeiter ist schon mehr als genug geschehen, so lautet die landläufige Redensart, und es ist an der Zeit, daß man ihnen die gefüllte Kompostkassette wegnimmt! Die hohen Herrschaften wiegen sich nämlich in den Wahn ein, die deutschen Arbeiter, die durch die vielgepriesene Sozialpolitik mit Wohlstand überschüttet würden, säßen im Fett und hätten eine gute, auskömmliche und gesicherte Existenz bis ins hohe Alter hinein. Und weil die gewöhnlichen Arbeiter sich an den Süßigkeiten der Sozialpolitik zu leicht den Magen verderben, so muß man ihnen das süße Steueragout wegnehmen und ihnen dafür das bittere Steueragout vorsehen. Darum begünstigt man das Andrehen der Ausbeutungsschraube und die Steuerschraube dreht man selbst ganz energisch an — da kann sich denn das deutsche Volk auf einen schönen Weihnachten gefaßt machen.

Aber wie lange noch wird sich das deutsche Proletariat dies gefallen lassen! Wie lange noch wird es die Rolle des Aschenbröbels spielen und im Winkel hocken, anstatt sich Lust und Licht und Freiheit und Brot zu erkämpfen? Wann endlich wird das Proletariat seine Organisationen so ausgebaut haben, daß es erfolgreich, die wirtschaftliche Belastung und alle sonstige Unterdrückung bekämpfen kann?

Aus der Papiererzeugungs-Industrie.

Charakteristische Merkmale, die alle Papierfabriken gemeinsam besitzen, sind:

1. Eine außerordentlich hohe Rentabilität.
2. Geringe Löhne, lange Arbeitszeit.
3. Eine bedürfnislose, schwer zu organisierende Arbeiterklasse.
4. Rücksichtslose Feindschaft der Unternehmer gegen die Arbeiterorganisationen.

Mit diesen vier Sätzen ist die Lage der Kollegen in der Papierindustrie gekennzeichnet.

Unermehliche Reichtümer sind in der Papierindustrie durch die Arbeiterklasse geschaffen worden, die Besitzer der Fabriken erwerben sich kolossale Vermögen und die Aktionäre der Gesellschaften haben ihr Geld bis zu 15 Prozent und darüber vorzüglich angelegt.

Wie die Unternehmer es aber so gut verstehen, den Arbeitern vorzureden, diese Reichtümer seien für sie selbst erschaffen, zeigt ein Blick in die Fabrikordnungen einiger Betriebe. Wunderbar schön liest sich z. B. folgende Ziffer 1 der Arbeitsordnung der München-Dachauer Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation:

1. Redlichkeit, Fleiß und Ordnungsliebe bilden die Grundlage jedes geschäftlichen Erfolges.

In dem Gedeihen und dem guten Namen der Fabrik ist die beste Gewähr für das Wohlergehen der in ihr Beschäftigten zu suchen.

Von jedem unserer Arbeiter wird daher erwartet, daß er zur ersprießlichen Fortentwicklung der Fabrik nach besten Kräften beitragen, durch Ehrlichkeit, Fleiß und gestittetes Betragen derselben nach außen hin Ansehen und dem ganzen Arbeiterstande Ehre verschaffen wird.

Dieser Appell an die Ehrlichkeit, den Fleiß und gestittetes Betragen der Arbeiter geht durch eine ganze Anzahl der vorliegenden Arbeitsordnungen.

Aber die Erlasser scheinen dem Erfolg dieser Vorschrift wenig zu trauen, und deshalb sind weitere Bestimmungen getroffen worden, die wohl das gute Gedeihen der Fabriken, nicht aber ihren guten Namen verbürgen. Die Angst der Unternehmer wegen Veruntreuungen durch die Arbeiter muß in der Papierindustrie besonders groß sein, da fast alle Arbeitsordnungen darüber Bestimmungen haben.

Die Aktiengesellschaft der Papierfabrik Hege in Bayern sagt: „Jeder Arbeiter ist verpflichtet, Unrechlichkeiten oder grobe Unregelmäßigkeiten seiner Mitarbeiter bei seinem Vorgesetzten zur Anzeige zu bringen. Das Mitnehmen von irgendwelchen Gegenständen, als Abfällen und dergleichen, ist untersagt, und haben sich die Arbeiter einer dergleichen Kontrolle zu unterwerfen. Übertretungen werden als Diebstahl behandelt.“

Noch ängstlicher scheint die Briefumschlagfabrik Heidenau-Dresden zu sein. Sie schreibt den Angehörigen der Arbeiter, welche das farge Essen zugebracht haben, vor: „Beim Passieren des Fabrikausganges sind Körbe und sonstige Behältnisse geöffnet zu halten.“

Also Disziplin der Behältnisse, Leibesvisitation, Drohung wegen Mitnahme von wertlosem Abfall mit der Verfolgung wegen Diebstahl, und solche Leute verlangen von den Arbeitern, denen sie durch diese Bestimmungen die Ehre absprechen, sie sollen Ehre, Ansehen und guten Namen den Fabriken verschaffen und hochhalten.

Würde da eine Vorschrift, nach welcher das Arbeitspersonal im Adams- und Eva-Kostüm das Fabrikantwesen zu verlassen hat, nicht zweckdienlicher sein?

Wie aber das Wohlergehen der Arbeiterschaft von dem „Gedeihen“ und dem „guten Namen“ der Fabrik abhängt, zeigen die weiteren Bestimmungen der Arbeitsordnungen.

Die Arbeitszeit ist in der Papierindustrie mit die ausgebehnteste. Zehn, zehneinhalb, elf Stunden Arbeitszeit ist selten. Es überwiegt der Zwölfstundentag. Und alle die vorliegenden Arbeitsordnungen treffen Bestimmungen über die Ueberarbeitszeit und dem Sinne nach die gleiche Vorschrift wie die folgende der Sebnitzer Papierfabrik in Sebnitz:

„Jede Verlängerung der Arbeitszeit, soweit eine solche gesetzlich zulässig ist... wird den betreffenden Arbeitern persönlich oder durch Anschlag mitgeteilt und ist von diesen einzuhalten, auch sind dieselben verpflichtet, an Sonn- und Festtagen in den gesetzlich zulässigen Fällen zu arbeiten.“

Und wie werden Ueberstunden gemacht!

In einem vorzüglichen Flugblatt wendet sich der Bauvorsitzende in München an die Arbeiter und sagt: „Eine in 17 Fabriken vorgenommene Umfrage ergab, daß der Zwölfstundentag „Normalarbeitszeit“ ist, aber 18- und 24stündige Schichten sind keine Seltenheit.“ Ueberstunden werden sehr viele gemacht, ebenso Sonntagsarbeit,“ schreibt ein Kollege aus der Pfalz. „Der Arbeitstag ist in der Regel ein zwölfstündiger, aber es werden 24, 30 und 36 Stunden gearbeitet,“ schreibt Kollege Meuring aus Dresden.

Dazu kommen stundenweite Wege von und zu der Arbeitsstätte. Und andererseits ist die Arbeitszeit in geschichtlicher Weise in Schichten eingeteilt, Tag- und Nachtschichten mit dem Wechsel auf Mittag und Mitternacht, so daß die Arbeiter nach der Fabrikarbeit noch zu Hause fronden können. So schreibt Kollege Börner aus Württemberg: „Die Arbeiter sind meistens Kleinbauern, der Schichtwechsel ist 12 Uhr mittags und 12 Uhr nachts, so daß die Leute immer noch ihre Feldarbeit bestellen können.“ Dadurch wird die 18stündige Arbeitszeit zur Regel. Arbeiten bis zur Erschöpfung ist das Los dieser Armen, und nicht selten kommt die Erschöpfung bei der Arbeit. Die wegen Schlafens bei der Arbeit über sie verhängte Strafe raubt ihnen dann den langen Verdienst. Eine Vergütung für Ueberstunden- oder Sonntagsarbeit gibt es neben dem Lohne nicht. Ein Kollege aus Bayern schreibt: „Auf Maschinen arbeiten Leute von Sonnabend abend 6 Uhr bis Sonntag mittag 2 und 3 Uhr, ohne einen Pfennig Zulage; wenn bei Ueberstunden die Strafe nicht ausgearbeitet wird, dann bekommt man für die... nichts.“

Androhung und Verhängung von Strafen ist zwar aller nur denkbaren Verschlagungen vorsehen. Wer zu spät kommt, die Arbeit vor dem Glockenzeichen verläßt, wer ohne Erlaubnis — die tags vorher eingeholt werden muß — fehlt, wer seine Arbeit vor der Ablösung verläßt, wer durch andere Lokale geht, wer einen Befehl der Vorgesetzten nicht befolgt, zahlt Strafe und wieder Strafe. Diese Zuchthausbestimmungen scheinen selbst einigen Unternehmern schandhaftig, wenigstens versucht es die Sebnitzer Papierfabrik, ihrem Sklavenvertrag eine Entschuldigend in folgender Weise zu geben:

Die Arbeitsordnung vom 1. Februar 1899 enthält als Erklärung: „Jeder wohlgeleitete Arbeiter wird leicht erkennen, daß die neue Arbeitsordnung keineswegs zur Beengung seiner Freiheit oder zu seinem

Schaden, sondern nur zur Aufrechterhaltung der notwendigen Disziplin und Ordnung und folglich zur Beförderung seines eigenen Vorteils und Wohles erlassen ist und wird sich ihr daher nicht nur gern und gewissenhaft unterziehen, sondern auch zur Aufrechterhaltung und gewissenhaften Erfüllung und Durchführung im allgemeinen nach seinen Kräften beitragen.“ So gibt man dem Arbeiter zu seinem Schaden noch den Spott!

Wie überall, so geht mit solchen Zuständen die schlechte Entlohnung Hand in Hand.

Die höchsten Löhne werden von dem Gauvorstand in Hamburg berichtet, 2,30—3,15 Mark sollen dort die erwachsenen männlichen Arbeiter verdienen. Eine Mark 70 Pf. bis 3 Mk. täglichen Verdienstes erzielen die Arbeiter in Bayern, Stundelöhne bis zu 24 Pf. verdienen die erwachsenen männlichen Arbeiter in Sachsen, in Württemberg 1,70—1,80 Mk., 1,50—2,30 Mk. pro Tag in der Pfalz. Welche Löhne in den abseits von den industriellen Provinzen gelegenen Fabriken gezahlt werden, konnte nicht ermittelt werden, sie bleiben sicher hinter den angeführten zurück.

Wie die Arbeiter, von denen Ehrlichkeit, Fleiß und gestittetes Betragen verlangt wird, behandelt werden, ergibt sich aus dem Vorstehenden, es sei aber noch hinzugefügt, was die Kollegen aus den verschiedenen Gauen berichten.

Ein Kollege aus Sachsen schreibt:

„Die Schimpfnamen, welche beim Antreiben zur Arbeit von den Meistern gebraucht werden, sind kaum wiederzugeben.“ Aus Bayern beantwortet ein Kollege die Frage nach der Behandlung der Arbeiter: „Von den Beamten im Bureau werden die Arbeiter human behandelt, von dem Direktor und den Vorgesetzten rigoros, brutal.“ Besonders liebevoll scheint der Besitzer einer Papierfabrik in Neustadt in der Pfalz seine Arbeiter zu behandeln. Ein Arbeiter von dort teilt mit: „Von seiten des Besitzers werden die Arbeiter demselben schikaniert, daß alle Angst haben, wenn sie ihn sehen.“

Es versteht sich am Rande, daß die Unternehmer diesen Zuständen gegenüber vor den Arbeiterorganisationen ein Grauen haben. Vor etwaigen Arbeitsseinstellungen ohne Kündigung wollen sie sich durch Einbehaltung der in allen Fabriken verlangten und von dem Lohne bis zur Höhe eines Wochenlohnes einbehaltenen Kautions schützen. Außerdem wird weiterer Schadenersatz vorbehalten. Der Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft wird ein nachsames Auge gewidmet, und bezeichnet ist die Bestimmung einer Fabrikordnung in der Pfalz, die besagt: Sollte einer unserer Arbeiter einer Vereinigung angehören, welche den Frieden zwischen uns und den Arbeitern zerstört, wird er ersucht, aus unserem Betriebe auszutreten, da beim Bekanntwerden dieser Zugehörigkeit er unmissverständlich entlassen wird.

Den Gewerkschaften anzugehören, wird verboten, mit Entlassung bestraft, und es wird überall zutreffen, was aus Württemberg berichtet wird, daß die Zugehörigkeit zu unserm Verbande mit der größten Heimschlichkeit umgeben wird.

Wird dies nicht zu ändern sein? Sollten die Arbeiter der Papiererzeugungsindustrie nicht auch Anteil nehmen können an dem Aufwärtstreiben der Arbeiterschaft? Sollen die Nichtarbeiter, die überall in das Glend hineinleuchten, hier nicht auch eindringen können? Und kann es der übrigen Arbeiterschaft gleichgültig sein, daß für mehr als 70 000 Arbeitskollegen das gesetzlich gewährte Vereinigungsrecht durch die Unternehmer vernichtet wird?

Dies kann nicht sein! Es bleibt nun zu untersuchen, in welcher Weise der Samen der Organisation fruchtbringend ausgebreitet werden kann.

Religion.

Vom sozialen Kampfplatze.

Der Kampf in der Dresdener Papierindustrie ist beendet. Wenn auch nicht alles, was gefordert wurde, erlangt worden ist, so sind doch namhafte Zugeständnisse gemacht worden. Von Vorteil ist, daß mit sämtlichen Fabriken ein Tarif abgeschlossen wurde, welcher endgültig die Löhne der Beamten und Datenleberinnen regelt. Allerdings mußte die Hauptforderung, die Wiedereinstellung aller Lithographen und Streindrucker, ebenso der Buchdruckerei-Füllisarbeiter, welche bei der Firma Wigo, Kübler u. Co. ausgespart waren, fallen gelassen werden, weil diese Firma diese Abteilung vorläufig rufen läßt. An die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen aber ergeht jetzt der Ruf, für die Ausbreitung der Organisation Sorge zu tragen, damit das Ertrungene erhalten bleibt. Bei der Firma Wigo, Kübler u. Co. sind noch von allen genannten Berufen einige ausgespart.

Dresden. Die Zustände auf der Preßheben-Fabrik Aktiva-Gesellschaft Rosenthal, die wir in Nr. 24 des „Proletarier“ besprochen, sind bereits zum größten Teil abgeändert worden. So ist der Plan eines Streiks in Angriff genommen worden. Bezüglich Bezahlung ist bestimmt worden, daß eine Herabsetzung der jetzigen Löhne nicht vorgenommen werden soll. Diese betragen nämlich durchschnittlich 18 Mk. bei Wismar, bei Rastberg und Brenner 19 Mk. Sonntagsarbeit, die während der Kampagne notwendig ist, soll nun vergütet werden, was bislang nicht geschah. Ueberstunden werden mit 27 Pf. pro Stunde bezahlt. Bei Verminderung der Arbeitskräfte sollen die auschulssweise angenommenen Arbeiter zuerst entlassen werden. Maßregelungen sollen nicht vorgenommen werden.

Freienwalde. In der am 6. Dezember zu Oberwalde tagenden Straßamversammlung wurde der Kollege Wesselle in Auftrag wegen Beamtenbedrohung und Nötigung zum zweiten Male freigesprochen. Im Monat Juli wurde gegen 5 Kollegen, Wesselle, Pannow, Römer, Lehmer und Moritz, wegen Ueberretzung des Vereinsgesetzes verurteilt, es wurden sämtliche Angeklagten freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Die Staatsanwaltschaft legte Revision beim Reichsgericht ein. Soweit die Freisprechung wegen Ueberretzung in Betracht kam, wurde die Berufung als unbegründet erachtet, wegen des Bergehens der Nötigung wurde erneut in Verhandlung getreten

und abermals ein freisprechendes Urteil gefällt. Damit auch die Kollegen anderer Ortes aus dem Urteilspruch die richtige Augenwendung ziehen können, geben wir noch einmal eine gebräugte Darstellung des Sachverhaltes. Die Zahlstelle Freienwalde veranstaltete am 17. Dezember 1904 ein Vergnügen, dem Bevollmächtigten wurde von der Behörde unterbreitet, daß das Vergnügen Aberwacht würde. Als der Beamte kam, wurde demselben der Eintritt entzogen verweigert. Damit sei gesagt, daß unter Entzügen nicht jedes Mittel angewendet werden darf, denn eine Nötigung hätte darin bestanden, daß dem Beamten unter Drohung der Eintritt verweigert worden wäre. Die Sache ist nun klar gestellt worden, indem der Beamte angab, wir hätten ruhig und sachlich darüber gesprochen, er selbst habe keine Drohung darin gefunden. Denn den Auftrag, mit Gewalt einzudringen, hätte er nicht gehabt. Er sollte nur versuchen, in den Saal zu kommen, und das wurde ihm verweigert.

München. Der Streit in der Gummimwarenfabrik von Wehler u. Co., bei dem beiderseits mit den stärksten Waffen gekämpft wurde, und in welchem sich auch die Münchener Polizei wieder als dienende Magd der Dividendenschlucker gezeigt hat, ist mit einem Sieg der Arbeiter beendet.

Herr Gerichtsrat Dr. Brenner lud beide Parteien vor und sprach die Hoffnung aus, es möge ein Mittelweg gefunden werden, auf dem der Frieden wieder herbeizuführen ist. Dr. Wehler bestritt, daß Maßregelungen vorgenommen, die in Betracht kommenden Arbeiter seien entlassen, weil sie unbotmäßig gegen die Meister waren. Der Streit sei wie ein Blitz vom heiligen Himmel gekommen und sei ganz ungerührt.

Hierauf ergriff Kollege Hämmer das Wort und gab eine ganz andere Schilderung der Differenzen.

Mehrere Arbeiter und Arbeiterinnen seien fortgesetzt Schikaniert ausgeübt gewesen. Deshalb allein sei jedoch der Streit nicht ausgebrochen, das Uebel liege viel tiefer und sei in den schlechten Lohnverhältnissen, in der Mißachtung der gesetzlichen Bestimmungen durch einzelne Meister und in der zum Teil oft menschenwürdigen Behandlung der Arbeiterschaft durch ihre Vorgesetzten begründet.

Trotzdem die Bundesratsverordnung für Arbeiterinnen in der Vulkanisiererei wegen der kolossalen Gesundheitschädlichkeit eine nur 4stündige Arbeitszeit vorschreibt, werden die Arbeiterinnen 6—7 Stunden beschäftigt.

So habe Meister Appel, als einmal eine Arbeiterin in diesem Vulkanisiereraum ohnmächtig wurde und von einem Arbeiter an die frische Luft getragen werden mußte, diesen Arbeiter deshalb zurechtgewiesen und zu ihm gesagt, er solle die Frau liegen lassen, die werde schon wieder zu sich kommen!

Die Arbeiter würden fortgesetzt mit Hunde, Saurel usw. tituliert; auch die Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen in den übrigen Werkräumen lasse viel zu wünschen übrig. Das habe die Erbitterung der Arbeiterschaft aufs höchste gesteigert, so daß schließlich die Bewegung mit elementarem Gewalt zum Ausdruck kam. Nachdem die beiden Direktoren erklärt, daß sie von diesen Dingen keine Kenntnis hätten, wurde in die Beratung eingetreten, die sich zwei Tage hinzog, wobei jede Position von uns auf das Hartnäckigste verteidigt wurde; endgültig einigte man sich auf folgenden Vertrag:

I. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden längstens innerhalb 14 Tagen wieder eingestellt und erhalten ihre alten Plätze. Dadurch werden die Verhältnisse der 2. und 3. im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen keineswegs berührt.

II. Als Mindestlöhne werden bezahlt:

- Männliche Arbeiter:
 - für erwachsene, vollwertige Arbeiter: Anfangslohn 2,80 Mark, nach einem halben Jahre 3 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 3,20 Mark;
 - für 18—21 Jahre alte Arbeiter: Anfangslohn 2,40 Mark, nach einem halben Jahre 2,60 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 2,80 Mark;
 - für 16—18 Jahre alte Arbeiter: Anfangslohn 2 Mark, nach einem halben Jahre 2,20 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 2,40 Mark.
- Weibliche Arbeiter:
 - für erwachsene vollwertige Arbeiterinnen: Anfangslohn 1,60 Mk., nach einem halben Jahre 1,80 Mark, nach einem weiteren halben Jahre 2 Mk.
 - für 18—21 Jahre alte Arbeiterinnen: Anfangslohn 1,50 Mk., nach einem Jahre 1,60 Mk.
 - für 16—18 Jahre alte Arbeiterinnen: Anfangslohn 1,20 Mk., nach einem halben Jahre 1,30 Mk., nach einem weiteren halben Jahre 1,40 Mk.

3. Die Einspanner in der Reifenabteilung erhalten einen Anfangslohn von 3 Mk., nach einem Monat 3,50 Mk. Ebenso die Arbeiter der Kochereiabteilung. Diejen Arbeiter, sowie den Arbeitern in den Walzwerken werden fünf Minuten Pause vor Arbeitsluß der Mittag- und Abendpause zum Handwaschen freigegeben.

Außerdem erhalten die Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit Säuren zu tun haben, einen Schutz von der Direktion unentgeltlich geliefert.

4. Die beim Vulkanisieren beschäftigten Arbeiterinnen erhalten einen 10prozentigen Zuschlag auf die jetzigen Alfordlöhne.

5. Geizter erhalten einen Anfangslohn von 3,50 Mk. 6. Zimmerleute erhalten einen Stundenlohn von 40 Pf. 7. Für Schlosser, Dreher und Schmiede gelten die Lohnsätze des unterm 30. August 1905 vor dem Gewerbegericht zu München für die Holz- und Kunstschlosser abgeschlossenen Tarifes, jedoch unter Wegfall der Steigerungsstufen.

8. Die Alfordlöhne der Dreher sollen soweit aufgebessert werden, daß 50 Pf. pro Stunde von einem normalen Arbeiter verdient werden können.

IIa) 1. Die Arbeiter der Holzgummimwarenherei erhalten einen Anfangslohn von 3 Mk., nach einem halben Jahre 3,20 Mk., nach einem weiteren halben Jahre 3,50 Mk., nach einem weiteren Jahre 3,60 Pf.

2. Die Arbeiter der Wismarwalzwerke erhalten einen Anfangslohn von 3 Mk., nach einem halben Jahre 3,20 Mk., nach einem weiteren halben Jahre 3,40 Mk., nach einem weiteren Jahre 3,50 Mk.

3. Dem in der Aufklammer beschäftigten Arbeiter wird ein Zuschlag von 50 Pf. pro Tag bezahlt, und der jeweilige Arbeiter wird wöchentlich abgelöst.

4. Für ordentliche Kalandrierer wird ein Tagelohn von 4,20 Mk. für Hilfskalandrierer 3,70 Mk. bezahlt.

5. Außerdem werden die Prämien folgendermaßen festgelegt und zwar:

bei den großen Walzwerken:	
wenn das Lilo sich auf 1,0 Pf. stellt, 15 Proz. (bisher 10 Proz.)	
bei 1,1	10
1,2	8
1,3	6
1,4	4
1,5	2
bei den kleinen Walzwerken:	
bei 1,5 Pf. 15 Proz.	
1,7	10
1,8	8
1,9	6
2,0	4

III. Die Alfordlöhne werden durchweg um 5 Prozent erhöht.

IV. Im Alfordlohn wird der Tagelohn garantiert.

V. Die Zurückbehaltung von Prozenten behufs Ansammlung einer Prämie soll in Zukunft unterbleiben: die zurückbehaltenen

Bezüge werden zurückbezahlt. Die von der Direktion bisher bezahlten Prämien werden dadurch nicht berührt.

Die Strafen für verweilte Reisen werden auf höchstens 30 Pf. pro Reisen festgelegt.

VI. Für Überstunden bis 8 Uhr abends werden 25 Prozent, nach 8 Uhr abends und für Sonntagsarbeit 30 Prozent Zuschlag gewährt.

VII. Der 1. Mai wird freigegeben, wenn die Mehrzahl der Arbeiter dies wünscht, für diesen Fall kommt der Oktoberfestmontag in Wegfall.

VIII. Die Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten nach 8jähriger Dienstzeit 3 Tage Urlaub nach 10jähriger Dienstzeit 5 Tage Urlaub nach 15jähriger Dienstzeit 8 Tage Urlaub nach 20jähriger Dienstzeit 10 Tage Urlaub.

unter Fortzahlung des Tagelohnes.

IX. Die bisherigen Arbeitsjahre kommen bei der Lohnzahlung und beim Urlaub in Anrechnung.

X. Am Sonnabend jeder Woche ist Feiertag; Schluss jeder Woche am Mittwoch; wenn am Sonnabend ein Feiertag fällt, am Freitag event. Dienstag. An den Feiertagen ist um 5 Uhr Arbeitschluss.

XI. Maßregelungen finden nicht statt.

XII. Eine Verschlechterung der bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen darf nicht eintreten.

XIII. Der Vertrag läuft bis 1. Mai 1908 und jeweils auf ein Jahr weiter, wenn er nicht innerhalb zweier Monate vor Ablauf der Vertragsfrist von einem der Vertragsteile gekündigt wird.

XIV. Zur Überwachung des Vollzuges dieses Vertrages und zur Erledigung von Anständen bei der Durchführung und zur Befriedigung von Zweifeln über die Auslegung dieses Vertrages wird eine Schlichtungskommission gebildet. Diese besteht aus zwei ständigen Arbeitern und zwei Vertretern der Direktion. Dieselbe wird jeweils verfürcht durch einen Arbeiter derjenigen Abteilung, in der der Streit entstanden ist. Den Vorsitz führt ein Vertreter der Direktion. Falls die Schlichtungskommission eine Einigung nicht erzielt, so muß der Vorliegende des Gewerbegerichts München innerhalb längstens dreier Tage angetreten werden.

Das Einigungsamt setzt sich außer dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts zusammen aus den vier Mitgliedern der Schlichtungskommission. Weiden bleibt es freigestellt, Auskunftspersonen mitzubringen.

Die Entscheidung des Einigungsamtes ist eine endgültige.

Der Vorsitzende des Gewerbegerichts als Einigungsamt:
geg.: Gerichtsrat Dr. Brenner.

Die Arbeitgebervertreter: Die Arbeitnehmervertreter:
A.-G. Meßler u. Ko. geg.: Karl Gammel.
geg.: Dr. Meßler. geg.: Josef Staimer.
geg.: Dr. Haberland. geg.: Franz Weigler.
geg.: Hans Schinger.
geg.: Friedrich Jakobson.

München, den 12. Dezember 1905.

Gewiß ein schöner Erfolg der Organisation, wenn man bedenkt, daß die Anfangslöhne 2,20 Mk. und 1,20 Mk. betragen haben und verschiedenes anderes bedeutend verbessert wurde.

An den Arbeiterinnen und Arbeitern wird es nun liegen, durch Festhalten an der Organisation ihre errungene Position festzuhalten.

Weitere Erfolge der Organisation:
Die Kohlenarbeiter der Firma Belg Nachfolger beauftragten den Kollegen Gammel, der Firma Forderungen zu unterbreiten, was auch prompt geschah und worauf folgendes vereinbart wurde:

Tarif-Vertrag.
Zwischen der Firma Belg Nachfolger einerseits und dem Verband der Fabrik-, Band-, Häfisarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands andererseits wurde heute folgender Vertrag geschlossen:

Arbeitszeit.
Die regelmäßige Arbeitszeit ist auf früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr festgesetzt.

An Pausen sind vorgesehen: je eine halbe Stunde Frühstücks- und Brotzeit, sowie 1/2-stündige Mittagspause. (Früher 1 Stunde.)

An den Vorabenden von hohen Festtagen, wie Ostern, Pfingsten, Weihnachen, Silvesterabend, ist um 4 Uhr Arbeitschluss bei voller Bezahlung des Tagelohnes, jedoch unter Wegfall der Nachmittagsbrotzeit. Ebenso trifft dies am Karfreitag zu, wenn gearbeitet wird.

Arbeitslöhne.
Dieselben betragen für Lagerarbeiter 3,40 Mk. pro Tag. (Früher 3 Mk.)

Für Überstunden werden 45 Pf., für Sonntagsarbeit 50 Pf. pro Stunde bezahlt.

Für Kohlenträger und Fahrer beträgt der Tagelohn 3,60 Mark pro Tag. (Früher 3 Mk.)

Für Fahrleute wird ein Wochenlohn von 24 Mk. bezahlt. Maßregelungen finden nicht statt.

Dieser Tarif tritt am Sonnabend, den 25. November 1905, in Kraft und hat bis 25. November 1906 Gültigkeit.

Derselbe läuft stillschweigend ein Jahr weiter, wenn er nicht 1 Monat vor Ablauf von einem der beiden Teile gekündigt wird.

München, 23. November 1905.

Für die Firma:
J. Belg Nachfolger.
Für die Organisation:
Karl Gammel.

Eine weitere Lohnbewegung hatten die Arbeiterinnen und Arbeiter der chemischen Fabrik Marx, wobei mit der Organisation folgendes vereinbart wurde:

Sämtliche Arbeiterinnen erhalten ab Neujahr eine zehnprozentige Lohnvermehrung.

Sämtliche Arbeiterinnen und Arbeiter erhalten nach zweijähriger Dienstzeit 3 Tage, nach 3 Jahren 4 Tage, nach vier Jahren 5 Tage und nach 5 Jahren 6 Tage Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Maßregelungen finden nicht statt.

— Coewig i. Anhalt. In den Anhaltischen Farbwerken Dr. Augustin u. Komp. sind Sonnabend, den 2. Dezember, zwei Kollegen wegen ihrer Verbundbetätigtigkeit entlassen worden.

Eine Kommission wendete sich im Entzage der Kollegen, die auf dem Betriebe beschäftigt sind, an die Direktion, um die Wieder-einstellung zu erreichen. Die Direktion ging darauf nicht ein, und so stellen 15 Kollegen die Arbeit ein. Es werden circa 30 Arbeiter beschäftigt, so daß also nicht mehr als die Hälfte den Betrieb verlassen hat. Der Streik ist erfolglos beendet. In Strafe der zwei Entlassenen haben wir ein erhebliches Teil mehr!

Korrespondenzen.

Alten a. d. E. In Nr. 24 des „Hafenarbeiter“ war ein Artikel enthalten, in welchem gegen die Verwallung unserer hiesigen Zahlstelle die schwersten Vorwürfe erhoben wurden bezüglich ihres Verhaltens gegenüber den im Streik befindlichen Hafenarbeitern. Infolge der von Streikbrechern, Demagogen, Mangel an Solidaritätgefühl und andere Schwächen werden in einem Atemzuge angezählt. Wir geben zu, daß der Ausschluß eines Arbeitswilligen nicht mit der nötigen Sachlichkeit bewirkt worden ist; verweigert ist der Ausschluß

nicht worden. Die übrigen Vorwürfe haben sich als unhaltbar erwiesen; der Artikel-Schreiber ist leistungsfähig mit der Wahrheit umgegangen. Wenn es zum Schluß heißt: „Sagt uns den anderen Seiten Beweisen, daß wir die Bedeutung des Wortes Solidarität begriffen haben und daß wir Solidarität üben; vielleicht lernen wir es dann auch. Sagt uns die armen Seele beschützen! Das sei ihre Strafe!“, so bemerken wir, daß man mit unwarhnen Behauptungen niemand beschützen kann. Am 3. Dezember fand eine Mitgliederversammlung statt, an welcher als Vertreter des Hafenarbeiter-Verbandes der Bezirksleiter Decker-Magdeburg und an Stelle des verstorbenen Sekretärs Grohmann der Kollege Frenzel-Magdeburg teilnahmen. Nach eingehender Diskussion gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die am 3. Dezember im Lokale „Zur Heimat“ im Alten tagede Versammlung des Verbandes der Fabrik-, Band-, Häfisarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, an der auch Vertreter des Verbandes deutscher Hafenarbeiter teilnahmen, hat sich mit dem strittigen Artikel in Nr. 24 des „Hafenarbeiter“ vom 25. November 1905, die Sperre über den Streik betreffend, beschäftigt. Nach eingehender Ber- spruchung wurde festgesetzt:

1. daß sich einige in dem Artikel aufgeführte Behauptungen in bezug auf die Bevollmächtigten der Älteren Mitgliedschaft des genannten Verbandes als unrichtig erwiesen haben, was auf eine ungenaue Sachdarstellung seitens des Berichterstatters zurückzuführen ist;
2. daß die unkorrekte Handhabung der Geschäfte beim Ausschluß des Arbeitswilligen Prebel (Mitglied des Fabrikarbeiter-Verbandes) Veranlassung zu den weiteren Differenzen und den in dem Artikel erwähnten Vorwürfen gegeben hat.

Durch diese Resolution erklärt die Versammlung diese Angelegenheit für erledigt.

Des weiteren wurde beschlossen, die Resolution im „Hafenarbeiter“ und im „Proletarier“ zu veröffentlichen. Letzteres ist hiermit geschahen. Die Sache ist für uns erledigt.

Münchenleben. Sonnabend, den 9. Dezember, tagte unsere Mitgliederversammlung. Es wurde der Bericht vom Generalsekretär gegeben. Daran ist zu entnehmen, daß der Gewerbegerichtsbesitzer Frenzel aus Magdeburg einen interessanten Vortrag über die Gewerbegerichte und deren Bedeutung gehalten hat. Es wird dann unter Punkt 2 der Tagesordnung beschlossen, an Stelle der zwei Häfisarbeiter deren drei anzustellen und jedem ein bestimmtes Revier abzugrenzen. Im weiteren Verlauf der Versammlung stellt Kollege Bogel die Frage: Wie ist am besten eine erfolgreiche Bewegung in die Wege zu leiten betreffend die Sanationsarbeiten? Nach eingehender Debatte wird beschlossen: Im Januar 1906 wird eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher der Kollege Grohmann-Magdeburg referieren soll. Außerdem sollen im Einverständnis mit dem Vorstände weitere Schritte getan werden.

Drauschwitz. Mittwoch, den 29. November, tagte im „Gewerkschaftshaus“ unsere Mitgliederversammlung. Der Kollege Bippmann behandelte in eingehender Weise das Thema: „Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Arbeiterinnen“. Aus den trefflichen Ausführungen ging hervor, wie notwendig es ist, daß die erwerbstätigen Arbeiterinnen sich mehr an den wirtschaftlichen Kämpfen beteiligen müssen. Zum Schluß kam Redner auf die angelegten Erhebungen unter den in der Konsumindustrie beschäftigten Arbeiterinnen zu sprechen und forderte die Anwesenden auf, an dieser statistischen Erhebung guten Anteil zu nehmen. An den Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Diskussion. Darauf wurde angeregt, unseren reisenden Kollegen zum Weihnachtstische ein Geschenk zu gewähren. Ein diesbezüglicher Antrag wurde der Vertrauensmännerung überwiesen. Anlässlich verschiedener Beschwerden, welche in letzter Zeit eingelaufen sind, gab der Geschäftsführer bekannt, daß die Mitglieder verpflichtet sind, die 5 Wochen Doppelbeiträge zu zahlen. Nur in ganz besonderen Ausnahmefällen, wo ein ganz niedriger Verdienst nachgewiesen werden kann, ist ein Abweichen von der Pflicht der Zahlung zulässig. Aber Mitglieder, welche einen annehmbaren Lohn haben und gleichwohl sich weigern, der Organisation die außerordentliche Hilfe zu leisten, verdienen es nicht, als Mitglieder unter uns zu sein.

Dresden. Dienstag, den 28. November, tagte im Volkshaus eine Mitgliederversammlung. Der Bevollmächtigte Thiesing referierte über das Ergebnis unserer Statistik, die demnächst im Druck erscheinen soll. An der Hand reichhaltigen Zahlenmaterials weist Redner auf den Wert der Statistik hin. Es wurde festgestellt, daß in der Papierbranche die Firma Kranke u. Baumann, Dresden, noch 10 1/2 Stunden durchschnittliche Arbeitszeit hat. Redner forderte die Anwesenden auf, in der Agitation die Verhinderung nach Kräften zu unterstützen. Im Gewerkschaftshaus gibt Kollege Richter bekannt, die Verwaltung habe beschlossen, im Januar nach Neujahr ein Stiftungsfest abzuhalten. Des weiteren forderte er auf, von der lohnfreien Benutzung unserer Bibliothek regen Gebrauch zu machen.

Frankfurt a. M. Am 6. Dezember brachte die „Presse“ die Nachricht, daß unsere Kollegen mit der Firma Meßler in München einen Tarif abgeschlossen, um dadurch die Schwankungen des Lohnes zu beirigen. Einen Tag später trifft uns prompt die Nachricht, daß beim Kommerzienrat Louis Peter, Kammer Landstrasse, hochherzigen Spender für Kirchenbauten und dergleichen Orden und Titel bringenden Sachen, die Motorreifenmacher ein allerdings unerfreuliches Weihnachtsgeschenk pränumerando in Form eines 10- bis 15prozentigen Abzuges erhalten haben. Herr Peter und sein „humaner“ Herr Direktor Herrmann scheinen wirklich in dem Irrtum befangen zu sein, die Kompottschüssel der Motorreifenmacher könnte während der Feiertage überlaufen, wenn sie ihrer, resp. der Altionswäre hohlerer Kompottschüssel diesen Abzug nicht schnellstens aufgeführt hätten. Hätten die in der Gummiabfabrik des Herrn Peter beschäftigten Kollegen Anschluß an die Organisation, dann bräuchten sie sich nicht Jahr für Jahr eine Bohrendanzierung bieten zu lassen.

Geesthacht. Eine Erdrüttung, der bald drei Arbeiter zum Opfer gefallen wären, ereignete sich am Freitag, den 12. Dezember, kurz vor Mittag auf der Dynamitfabrik Strimmel. Die Arbeiter Schröder und Arthmann-Lespe und der Arbeiter Hales-Hollow waren bei einer Bohranlage beschäftigt. Plötzlich löste sich ein Teil der Erde los und begrub die beiden ergriffenen beinahe ganz und den letzteren total. Die schnellst vorgenommenen Rettungsarbeiten hatten den Erfolg, daß, obgleich Halle bewußtlos herangezogen wurde, keiner sein Leben hat einbüßen müssen. Um den hohen Lohn von 25 Pf. pro Stunde müssen Arbeiter sich solcher Gefahr ansiehn, da wäre es doch wohl an der Zeit, wenn man die Löhne dieser Arbeiter etwas aufbessern würde.

Warbitz. Sonnabend, den 25. November, tagte eine öffentliche Versammlung im „Alten Deffauer“ in Sorbitz. Genosse Redakteur Fleischer referierte über: „Partei und Gewerkschaft im Klassenkampf“. Er verstand es, dieses hochwichtige Thema in seiner ca. 1 1/2-stündigen Rede allgemein verständlich zu behandeln. Redner wies an der Hand von Beispielen unwiderlegbar die naturnotwendige gegenseitige Unterstützung und Gleichberechtigung der Partei und Gewerkschaften nach. Er behauptete, daß die Partei und Gewerkschaften nach der sozialistischen Weltanschauung die Partei und Gewerkschaften der Arbeiterklasse lobten den Referenten. In der Debatte erläuterte der Vorsitzende, Kollege Kimmig, die Resolution vom Gewerkschaftskongress und die Stellungnahme Bismarcks und v. Glött zur Arbeiter- und Massenstreikfrage und erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Nachdem von

einem Kollegen zum Abwickeln der Arbeiterzeitung aufgerufen worden war, ergriß der 2. Vorsitzende, Kollege Richter, das Wort. Er bemängelt die geringe Zahl der organisierten Frauen und Mädchen und gibt durch drastische Beispiele aus Erfahrungen allen Nichtorganisierten eine Warnung, sich zu organisieren. Kimmig kritisierte die Klassen-, Alters- und Prämienysteme eines Dresdener Betriebes der Papierbranche. Ferner betonte er, daß man auf gesetzlichem Wege das Mitspracherecht der Arbeiter an den Personalfragen verwirklichen muß, und geißelt die behördlichen Maßnahmen bezüglich des Wahlrechts in Sachen. Die Debatte endete mit allgemeiner Zustimmung.

Halberstadt. Am 5. Dezember tagte im Volkshaus Lokal eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: Stellungnahme zu der Forderung der Unterstützung der Mitglieder, die bei der Aussperrung der Bauarbeiter in Frage kommen. Der 1. Bevollmächtigte gab bekannt, daß der Vorstand die Unterstützung um 2 Mk. gekürzt habe aus dem Grunde, daß die Bauarbeiter, welche im Bauarbeiterverband organisiert sind, nur 10 Mk. Unterstützung bekommen. Veranlassung hierzu hat die Ortsverwaltung des Bauarbeiterverbandes gegeben, welche ihren Zentralvorstand beauftragte, bei anferm Vorstand hinzuwirken, damit unsere Kollegen nicht mehr Unterstützung bekommen wie sie. Dies rief eine sehr erregte Debatte hervor. Die meisten Redner sprachen sich gegen das Vorgehen des Zentralvorstandes aus und betonten, daß die Kollegen, welche im Baufach tätig sind, dieselben Rechte hätten als die anderen Kollegen, welche im Sommer bei dem Herbststreik beteiligt waren und 12 Mk. Unterstützung bekommen haben. Sie hoben hauptsächlich hervor, daß die Kollegen doch einen Beitrag bezahlten, sie die gleichen Rechte haben wollen. Es wurde die Ortsverwaltung beauftragt, beim Ausschuß Beschwerde zu führen, da die Ab-nahme in Halberstadt eine sehr teure ist und der Arbeiter im Winter mehr braucht als im Sommer, denn die Kollegen sind der Meinung: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte. Oder will der Vorstand die Bauarbeiter nicht unter haben? Ein weiterer Antrag wurde angenommen, der Kollegen, welche in Frage kommen, bis auf weiteres durch provisorische Beiträge einen Zuschuß zu geben, damit sie auf die zur festgesetzte Unterstützung kommen, denn es ist der Zahlstelle nicht zum Vorteil, wenn in einem Orte zweierlei Unterstützung an die Kollegen gezahlt wird. Im Besonderen gab der 1. Bevollmächtigte bekannt, daß nach den Fragelarten des Gewerkschaftsartikels von 178 Mitgliedern unseres Verbandes nur 35 Refer der „Vollstimmte“ sind und forderte die Kollegen auf, mehr die Arbeiterpreise zu lesen (Wenn uns von unseren Bevollmächtigten die Höhe der Bauarbeiter-Unterstützung mitgeteilt wäre, dann hätten wir von vornherein keine höhere Unterstützung festgesetzt, als wie sie jetzt bezahlt wird. Daß man an die Arbeiter einer Branche, die im Winter fast still liegt, zum andern wegen der kurzen Tage keine vollen Tage arbeiten läßt, nicht die gleiche Unterstützung zahlen kann, als an Kollegen eines Berufes, der, wenn der Streik nicht gewesen wäre, volle Beschäftigung gehabt hätte, das könnte man auch in Halberstadt begreifen. Die Red.)

Halle. Berichtung. In der Beilage des „Proletarier“ Nr. 20, Bericht von Halle a. S. über Verhältnisse der Metzgerischen Beschäftigten, ist folgender Kurze Satz enthalten, daß ich den Berichterstatter beim Chef gemacht hätte von den zur Zeit gewesenen Verhältnisseversammlungen, wo ich nicht Drausstranger gewesen bin. Ich erkläre hiermit, daß dieses eine Unwahrheit ist, ich aber nicht geneigt bin, den Raum dieses Blattes weiter in Anspruch zu nehmen, sondern verweise die in Frage kommenden Personen an meine Organisationsleitung am Orte, wo ich dann Rede und Antwort stehen werde.

A. Grammatik, Schmieb,
Halle a. S., Grünstraße 27, Hof, 2 Et.

Harburg. Die Mitglieder-Versammlung tagte am Dienstag, den 28. November, bei Ranprecht am Ratnapp. Genosse Bringmann referierte über „Gewerkschaftliche Kritik und Ausblicke“. Der einflüchtige Vortrag wurde mit großem Interesse entgegengenommen. Nach dem Vortrage gab Kollege Seiden-schnur noch einen kleinen Rückblick auf unsere Zahlstelle. Er forderte die Anwesenden auf, im Sinne des Referenten agitat-torisch tätig zu sein. Darauf gab der Kollege Siemer den Bericht von der letzten Sitzung des Gewerkschaftsartikels. Im Anschluß hieran widmete er gleich einige Worte dem Parteibeschluß über die Errichtung einer Zentralbibliothek und einer Bibliothek und einige Mißstände bei der Entnahme und Ab-lieferung der Bücher. Kollege Gade stellte den Antrag, unsere Bibliothek in unsere Geschäftsstelle zu überführen, wo es den Mitgliedern besser möglich sei, ohne erst Geld zu verzeihen, Bücher zu entnehmen und abzugeben. Der Antrag wurde angenommen.

Holzweißig. Sonnabend, den 9. Dezember, wurde unsere Mitgliederversammlung abgehalten. Es wurde festgestellt, daß die fünf Extra-Beiträge eingezogen sind. Der Bevollmächtigte legte die Abrechnung des Hauptvorstandes vom 2. Quartal vor. Es wurden verschiedene, im Laufe des Jahres vom Verbande in die Wege geleitete Lohnbewegungen und deren Folge besprochen und ein Vergleich zu unseren Lohn- und Arbeitsver-hältnissen gezogen; der Schluß ergibt, daß bei uns noch viel gearbeitet werden muß, wenn das gleiche Verhältnis geschaffen werden soll. Eine Arbeitsordnung von Baumeister Söhne, „Deutsche Grube“, wird verlesen. Eine solche „Ordnung“ brauchte nicht anerkannt zu werden, wenn sämtliche Arbeits-kollegen im Verbandsorganisiert wären. 6 Kollegen traten dem Verbands bei.

Landberg a. M. In der Mitgliederversammlung vom 10. Dezember wurde angeregt, im Januar ein Wintervergügen zu veranstalten. Nachdem noch mehrere Angelegenheiten lokaler Natur angeregt worden, referierte der zweite Bevollmächtigte über die Kämpfe und Eigenschaften der Organisation. Redner legte klar, daß jede Lohnvermehrung ein Erfolg der gewerkschaftlichen Tätigkeit sei. Aus freiem Antriebe gebe kein Unternehmer eine Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Deshalb solle jeder Kollege seine Ehre darin erblicken, die Organisation auszubauen und zu stärken, damit sie an Zahl und innerer Festigkeit eine Bedeutung erlange, die jedem Unternehmer Respekt einflößt.

Langelshelm. Am 10. Dezember tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Gastwirts Brufe. Über die Lage der Arbeiter referierte Kollege Bippmann. Es ließ sich eine Anzahl Kollegen aufnehmen. Unter „Beschäftigten“ wurde darauf aufmerksam gemacht, daß am 7. Januar eine allgemeine Versammlung aller am Orte vorhandenen, gewerkschaftlich organisierten Verbände abgehalten werden soll, zu deren Besuch jeder Verbandsangehörige von uns eingeladen wird.

Leipzig. Am 9. Dezember wurde ein Kollege in der Gewerkschaft von Reich u. Dähler, Abteilung für nachfolgende Waren, ohne Grund entlassen. Der Kollege Bodenstrin wurde vorzeitig. Demgegenüber gab Herr Weiß als Grund der Ent-laffung folgendes an: Der Entlassene habe einen seiner Mit-arbeiter derart zum Eintreten in die Organisation zu veran-lassen versucht, daß dieser sich beschwert habe. Der entlassene Kollege dagegen behauptet, daß er den „Kollegen“ mit keinem Worte zum Eintreten veranlaßt habe. Jedenfalls ist Herr Weiß in der trüchtigen Anschauung befangen, er könne die Aus-rottung der Organisation mit Erfolg betreiben und macht nun den Anfang. Sein Unterfangen wird ohne Erfolg sein. Gegen die Organisation ist kein Krautlein gewachsen und der entlassene Kollege verhungert auch dann noch nicht, wenn er-gehindert ist, zur

Berichtigung des Reichthums der Herren Weis u. Wähler betragen zu können. Der Herr hat nach alle, die zur Regelung irgend einer Differenz bei ihm vorstellig wurden, entlassen mit den Worten: „Meine Herren, sorgen Sie dafür, daß Frieden in meiner Fabrik bleibt!“ Sein Vorgehen im fraglichen Falle zeigt aber von allem anderen mehr, als von Friedensliebe.

Süder. Am Dienstag, den 21. November, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Zum 1. Punkt wurden 23 neue Mitglieder aufgenommen. Zum 2. Punkt, Wahl eines Geschäftsführers, berichtete Kollege Bühr, daß 8 Bewerbungen eingegangen seien, und habe die Kommission beschlossen, vier Bewerber auf die engere Wahl zu stellen. Gleichzeitig sei beschlossen, daß der Geschäftsführer die Stelle des zweiten Bevollmächtigten einnehmen sollte. Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden. Es wurde dann zur Wahl geschritten und wurde Kollege Rabden-Süder als Geschäftsführer gewählt. Nach einigen internen Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Wannheim. In der Fibre- und Piassava-Zurichterei Lh. Luz standen die Kollegen im Ausstand. Trotzdem hielt es eine Anzahl Mitglieder mit ihrer Würde als Arbeiter und Verbandsgenossen vereinbar, bei Herrn Luz Arbeit zu nehmen. Den Streikenden wurde dadurch der Wiedereintritt in die Fabrik ermöglicht und Herr Luz der Notwendigkeit enthoben, die Forderungen den Streikenden zu billigen. Es wurden deshalb folgende Personen ausgeschlossen: Martin Fähler, aufgenommen zu Bergedorf (Buch-Nr. 5423); Josef Kollat (Buch-Nr. 5431); Adolf Nagler (Buch-Nr. 5444); Nikolaus Gemming (Buch-Nr. 5447); Walt. Phil. Höger (Buch-Nr. 5450). Weitere 4 sind in Wannheim aufgenommen.

Krausen. In der Mitglieder-Versammlung am 15. Dezember wurden verschiedene Punkte besprochen. Kollege Reikowski stellte folgenden Antrag, welcher einstimmig angenommen wurde: „Jeder Kollege, welcher irgendwo Arbeit wahr, hat die Arbeit dem Bevollmächtigten mitzuteilen, damit jedem arbeitslosen Kollegen Arbeit nachgewiesen werden kann, dazu soll eine Liste beim Gastwirt Paul Scholz, Marktstraße 16, abends von 7-8 Uhr ausliegen.“ Es wurde über die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse diskutiert und den Kollegen aus Herz gelegt, die General-Versammlungen zu besuchen, da recht viel zu ändern sei. Das sonst gesperrte „Schweizerhaus“ ist in diesen Fällen sowie bei Wahlen frei.

Plauenscher Grund. Die Dienstag, den 12. Dezember, im August-Bad zu Drubben tagende Versammlung war leidlich besucht. Kollege Wolf referierte über: „Unser Notwendigstes zum Kämpfen für Lohnkämpfe usw.“ Er wies einleitend darauf hin, daß laut Reichsarbeitsblatt der Arbeitsmarkt in diesem Jahre ein besserer sei. Die Stahl-, Eisen-, Glas-, Papier- und andere Industrien erfreuten sich einer günstigen Konjunktur. Dann entrollte er ein Bild der traurigsten Lohnverhältnisse der gesamten Betriebe im Plauenschen Grund, in denen wir Mitglieder haben. Das Eisenwerk König Friedrich August-Hütte zähle für Hülsenarbeiter sage und schreibe: 23 bis 25 Pf., die Glasfabrik Siemens: 23 bis 28 Pf., Papierfabrik Gaisberg 18 bis 27 Pf. pro Stunde und ähnlich zähle auch das Schmirgelwerk zu Drubben, sowie auch die anderen Betriebe. Kurzum: die schlechtesten Löhne gegenüber anderen Industriebezirken! Hier muß man nun fragen: Wer kann von solchen niedrigen Löhnen leben? Niemand! Deshalb auch diese große Armut und die schlechte Lage der Geschäftsleute! Hier hilft nur noch eins: Organisiert euch! Kämpft zu kämpfen für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse! Es ist die höchste Zeit! Freiwillig jagt heute kein Unternehmer mehr Lohn heraus. Im Gegenteil: noch schöne Auspersperungen nach dem A b c oder nach den Altersklassen können wir dann erleben — und wehe, wer dann nicht organisiert ist! Dann wurde der Antrag einstimmig angenommen, den in Marktstadt seit ca. 12 Wochen einmütig kämpfenden Kollegen 100 Mk. zu senden, damit diese auch eine Weihnachtshilfe und etwas zur Miete hätten. Der Antrag, dem 1. Vertrauensmann für seine Ausgaben und Arbeiten eine Entschädigung zu gewähren, wurde ebenfalls angenommen. Ferner auch dieser Antrag: „Damit nicht jedesmal eine öffentliche Versammlung einberufen werden muß, kann die Verwaltung bei außergewöhnlichen Fällen, wie Streiks, Auspersperungen usw., bis 50 Mark bewilligen. Ueber größere Ausgaben kann nur die Versammlung beschließen.“ Ferner wurde angeregt, diejenigen Mitglieder, die Turner sind, sollen sich dem Arbeiter-Turnerbund anschließen. Ferner: Die Kolleginnen und Kollegen sollen auch Mitglieder des Konsumvereins werden. Weiter: Die Kollegen der Gussstahlfabrik sollen dafür sorgen, daß tüchtige Vertreter in die Betriebskrankenkasse kommen. — Schatz geteilt und benutzt wurde, daß ein früherer Kollege deswegen ausgetreten sei und andere Kollegen mit herausgerissen habe, weil er keine Krankenkassenmitgliedschaft bekommen hat. Der Kollege sei aber erst, nachdem er schon wieder acht Tage gearbeitet, ins Bureau gekommen. Er habe sich also im Bureau gar nicht krank gemeldet, und das müsse doch laut Statut geschehen! Er wurde deshalb vom Geschäftsführer darauf aufmerksam gemacht, daß jedes Mitglied, wenn es krank oder arbeitslos werde, sich sofort melde, aber auch nicht über 8 Wochen mit seinen Beiträgen rückständig sein dürfe! Ordnung muß herrschen. Nachdem noch darauf aufmerksam gemacht worden, daß jedes Mitglied die „Arbeiter-Zeitung“ lesen muß, wurde die interessante Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf unseren Verband geschlossen.

Stettin. Die Zahlstellen Jülichow, Stettin und Stolzenhagen tagten in einer kombinierten Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 3. Dezember, im Grabower Schützenhaus. Zwei der Versammlung war die Wahl eines besoldeten Ortsbeamten. Kollege Wiefenbutter gab die Einleitung zu der Versammlung, um die Mitglieder über einige Vorformnisse zwischen den oben genannten und der Pommerensdorfer Zahlstelle anzuklären. Die Pommerensdorfer Zahlstelle sei an dieser Versammlung ihrer besonderen Stellungnahme wegen nicht mit eingeladen worden. Redner erörtert, daß in der vorzuziehenden kombinierten Versammlung die Pommerensdorfer für einen Unterstützungsbeitrag eintraten, der nicht mit unserer Organisation im Einklang steht. Und da dieser Antrag von der Versammlung zurückgelehnt wurde, bis die Verschmelzung perfekt geworden ist, verhalten sich die Pommerensdorfer ablehnend zur Verschmelzung. Redner bespricht dann noch weitere Vorformnisse, die er schärft mißbilligt. Hierauf wurde von der Gemeindegangs-Prüfungskommission Bericht erstattet. Es sind im ganzen 11 Bewerbungen eingelaufen, von diesen 11 wurden 4 zur engeren Wahl gestellt. Diese 4 Bewerbungen waren auf Beschluß der Versammlung verlesen. Nachdem sie gelesen, wurde die Wahl per Stimmzettel vorgenommen. Es wurden 347 Zettel abgegeben, davon stellten 1 Kollege A. Beder, 3 Jülichow 215. Ritschen ist Kollege Beder gewählt. Ferner wurde beschlossen, daß der Kollege Beder sein Amt am 15. Dezember antreten soll und die Verschmelzung am 1. Januar 1906 in Kraft tritt. Darauf wurden die Kollegen noch ermahnt, sich der Aufforderung des Hauptvorstandes, betreffend den doppelten Wochenbeitrag für die Dauer von 5 Wochen, anzuschließen, damit unsere Kriegskasse gefüllt wird. — In der Versammlung der Zahlstelle Jülichow vom 23. November wurden nicht 100 Mk., sondern 200 Mk. auf Antrag des Kollegen Buchelt dem Verbandskassier überreicht.

Wiederland. In der Versammlung vom 1. Dezember wurde die Gründung einer Zahlstelle erdgültig vorgenommen. Kollege Berger aus Gumburg war anwesend und ging auf die Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder noch einmal des näheren ein. Darauf wurden die Bücher an die Mitglieder abgegeben. — In der Versammlung am 14. Dezember wurde festgestellt, daß die Versammlungen am 1. Dienstag eines jeden

Monats abgehalten werden sollen. Ein Artikel aus dem „Korrespondenzblatt“ kam zur Berlesung. Unter „Verschiedenes“ wurde angeregt, ob nicht die Bezahlung für das Eisen geregelt werden könnte. Bis jetzt herrscht eine einheitliche Regelung nicht. Einige Eisenfabrikbesitzer bezahlen 4 Mk., andere wieder 5 Mk. Beschlossen wurde: bei achtstündiger Arbeitszeit 5 Mk., für jede weitere Ueberstunde 70 Pf. zu verlangen, vorausgesetzt, daß die übrigen beim Eisen beschäftigten Kollegen damit einverstanden sind. Es kommen die organisierten Maurer in Frage.

Jülichow. Auf der Kunststeinfabrik „Komet“ beliebt man wieder einmal die Politik der Radelstiche gegen organisierte Arbeiter zu üben. Schon im Sommer wurde ein Kollege entlassen unter Umständen und Gründen, die auf eine Maßregelung schließen ließen. Einige Zeit später erfolgte die Entlassung zweier anderer Kollegen. In beiden Fällen unterrichteten die Kollegen nicht die Bevollmächtigten und Revisionen. Dadurch, daß letztere nicht einmal vorstellig werden konnten, wurden auf einmal vier Kollegen wegen Arbeitsmangel beurteilt. Am anderen Tage folgten zwei andere nach. Da aber die Mitarbeiter feststellen konnten, daß täglich Ueberstunden gemacht, auch Sonntags gearbeitet wurde, und zum Ueberfluß noch auch Mann eingestellt wurden, so erhebt sich die Frage: Was ist die Ursache, daß Arbeitsmangel der Grund der Entlassungen und Beurteilungen nicht sein kann. Eine Betriebsversammlung, an der auch der Meister Herr Wüders und der Vorarbeiter Herr Richter als Gäste teilnahmen, nahm zu den Entlassungen und den auf „Komet“ herrschenden Zustände, Stellung und beauftragte den Kollegen Beder, vorstellig zu werden. Das ist geschehen. In der Versammlung wurde von dem Chef jun. erklärt, es sei in einer früheren Versammlung davon gesprochen worden, zum nächsten Sommer einen Streik zu veranstalten, und da kann man es uns doch nicht verdenken, wenn wir uns beizusetzen dagegen versuchen.“ Es wurde dem Herrn erwidert, daß das ein Gewaltakt gegen die Arbeiter sei, die doch nur das ihnen laut Reichsgesetz zustehende Recht für sich in Anspruch nähmen. Die Verhandlungen dauerten eine halbe Stunde, es wurde eine gründliche Prüfung und Untersuchung zugesagt. Aber der schriftliche Bescheid, den Kollege Beder erhielt, lautet: „In bezug auf unsere Unterredung von heute teilen wir Ihnen mit, daß die Entlassung der Leute, nachdem wir die Sache untersucht haben, in erster Linie auf Arbeitsmangel zurückzuführen ist.“ Jedes Wort ist überflüssig, wenn man die persönlichen mündlichen Ausführungen mit der schriftlichen Mitteilung vergleicht. Auch dem zurückgebliebenen Arbeiter, der dort beschäftigt wird, müssen die Augen geöffnet werden, so daß er einsehen wird, welchen Weg er zu gehen hat, und an der nötigen Aufklärung unsererseits soll es nicht fehlen.

Achtung! Auszahlung von Erwerbslosenunterstützung.

Dem Mitgliede A. Josef Herrlein, geboren am 20. Juni 1879 zu Hedernheim, eingetreten am 13. September 1900, ist auf der Baustelle das Buch Nr. 16448 gestohlen worden.

Dasselbe trägt auf dem Titelblatt unten links den Stempel der Zahlstelle Frankfurt a. Main. Erwerbslosenunterstützung gelangte in Frankfurt a. M. zur Auszahlung am 9. 12. 05 für 3 Tage 4,20 Mk. und am 12. 12. 05 für 2 Tage 2,80 Mk.

Sollte das Buch irgendwo vorgezeigt werden, so ist dasselbe abzunehmen, der Name des Vorzeigers festzustellen und der Polizei zu übergeben. Das Buch ist zu senden an Karl Röhler, Frankfurt a. M. Stolzstr. 13, 2. Et.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 6. Dezember folgende Beiträge ein:

- Plauenscher Grund 1450,—, Flensburg 400,—, Elmshorn 300,—, Werder (Habel) 252,10, Spandau 200,—, Frankenscheid 100,—, Köln 100,—, Kiel 28,80, Schnebeck 15,—, Schöningen 3,—, Blankenburg a. S. 100,—, Sainhausen 2,25, Weibronn 300,—, Fürstberg 1,50, Berlin 2884,09, Bremen 600,—, Neumünster 500,—, Immendorf 150,—, Wandsb. 29,44, Jülichow 800,—, Mügeln 800,—, Düsselhof 100,—, Ludwigshafen 500,—, Mannheim 400,—, Mutterstadt 141,40, Breslau 435,—, D. 83,94, Wieke 50,—, Oberberg i. M. 30,—, Lüneburg 4,50, Schötmur 3,30, Leipzig 800,—, Kiel 3,0,—, Stöhr 192,44, Rötze 33,29, Schornberg 27,69, Strehla i. S. 18,60, Langenöls 50,—, Charlottenburg 600,—, Stettin 300,—, Alzen 34,22, Husum 23,90, Weisen 800,—, Frankfurt a. M. 800,—, Wilschelsburg 400,—, Halle a. S. 400,—, Schnebeck 200,—, Ralkenberg 150,—, Neustadt (Hardt) 141,72, Bittenberg 106,30, Eilenberg 100,—, Wombach 60,12, Caputh 3,—, Hattungen 50,—, Raumburg a. S. 12,90, Hannover 3,35, Dresden 800,—, Oberschönweide 800,—, Elmshorn 500,—, Delmenhorst 500,—, Roiberg 100,—, Neu-Jenoburg 100,—, Hennigsdorf 100,—, Lützen 2,25, Döbeln 1,50, Berde 1,—, Golzig i. S. 76,90, Hohenberg 71,80, Garzburg i. S. Ludwigshafen 60,—, Bernburg 300,—, Köln 100,—, Greveshagen 44,38, Wandsbeck 1360,50, Sehrte 67,52, Auzowitz 1,—, Bergedorf 800,—, Renfeld 500,—, Rempten 269,56, Mündenheim 100,—, Reania 75,36, Egeln 74,95, Hofmeim 20,40, Wilschhausen 7,80, Nied-Jagelheim 2,70, Mutterstadt 2,25, Kupperberg 1,80.

Schluß Dienstag, den 19. Dezember, mittags 12 Uhr.

Folgende Zahlstellen haben vom Vorstand die Zustimmung zur Erhebung eines Extrabeitrages erhalten:

- Pasing 5 Pf. pro Woche und Mitglied.
- Chemnitz 5 Pf. pro Woche und Mitglied.
- Mutterstadt 5 Pf. pro Woche und Mitglied.
- Sandhofen 10 Pf. pro Monat und Mitglied.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

- Buch-Nr. 57 796, ausgehellt am 12. März 1905.
- Buch-Nr. 69 691, ausgehellt am 16. April 1905.
- Buch-Nr. 80 396, ausgehellt für Gustav Bartelt.
- Buch-Nr. 44 165, ausgehellt für Friedr. Grünwald am 17. Sept. 1904.
- Buch-Nr. 27 702, lautend auf den Namen Josef Müller, ausgehellt zu Magdeburg am 12. Februar 1905.
- Buch-Nr. 11 757, ausgehellt für Peter Sonit in Gottenleibheim.
- Buch-Nr. 2675, ausgehellt auf den Namen Konrad Berthmann am 14. April 1904 zu Mündenheim.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

- Bahlig (Pommeren), Otto K.
- Caputh, August Rich, Gumburg 44.
- Saiberg, Bezirk Peibitzberg (Gau 7), Andreas Himmelmann.
- Germendorf, Gustav Bider.

- St.-Strieheim, Friedrich Roth, Geldstr. 275.
- Rehmit, Aug. Druf, Gress 1.
- Reimen, (Gau 7), Philipp Basem.
- Neu-Jenoburg, Adam Groh.
- Nied, Karl Gromin, Döcherstr. 26.
- Okerholz-Scharbeck, J. Roth, Logstr. 38.
- Oppau, Jakob Rausch, Gögheimerstr. 3.
- Wunsiedel, Wolfgang Grochwitz, Bieberbahnstr. 182 1/2.

Inserate.

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonntag, den 6. Januar 1906:
Großer Wiener Maskenball
im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstr. 3
Während der Kaffeepause humoristische Vorträge.
Anfang 8 Uhr. Billets 40 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Festkomitee.

Den Mitgliedern der Zahlstelle Charlottenburg zur Kenntnisnahme, daß die nächste Versammlung als Generalversammlung an einem Sonntage stattfindet. Dieselbe wird noch bekannt gegeben.
2,40 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstellen Escherhausen und Holzen.

Unsere Mitglieder-Versammlungen tagen gemeinschaftlich jeden letzten Sonntag im Monat im Lokale des Herrn August Schüller in Escherhausen. Nächste Versammlung am Sonntag, den 31. Dezember (Silvester), abends 7 Uhr. Wir bitten, die Versammlungen zahlreich zu betheiligen.
1,65 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Glückstadt.

Die auf dem Landgebiet wohnenden erwerbslosen Verbandsmitglieder der Zahlstelle Glückstadt haben sich zur Kontrolle beim Verbandskollegen Joh. Dieckhoff-Schleuer zu melden. Die Kontrollkarten werden vom 1. Bevollmächtigten (Wohnung: Gr. Schwibboken Nr. 4, Glückstadt) ausgestellt.
1,20 Mk.] Die Bevollmächtigten der Zahlstelle Glückstadt.

Zahlstelle Hamburg.

Montag, den 8. Januar 1906, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Horn, Hohe Meichen.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1905.
2. Wahl eines Hülfeskassierers.
3. Wahl von 4 Mitgliedern zur Ortsverwaltung.
4. Bericht vom Gewerkschaftslokale.
5. Innere Verbandsangelegenheiten.
1,95 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Einzelmitglieder von Mügeln und Umgegend.

Dienstag, den 26. Dezember (2. Weihnachts-Feiertag), vormittags 11 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im alten Gasthause Mügeln.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Anstellung eines besoldeten Geschäftsführers und event. Einführung eines Lokalbeitrages.
2. Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
2,25 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Neuhaldenleben.

Den Kollegen zur Nachricht, daß am 1. Weihnachtsabend, 8 Uhr, im Herzoglichen Lokale ein
Familienabend
stattfindet. Um zahlreiches Erscheinen bittet
1,20 Mk.] Das Komitee.

Zahlstelle Stettin und Umg.

Das Bureau befindet sich bei H. Beder, Stettin-Grabow, Langestr. 9, 1. Et., Eingang Münzstraße. Dasselbst Kontrolle der Erwerbslosen und Auszahlung der Unterstützung vom 1. Januar 1906 ab. Meldungen für reisende Kollegen von 10 bis 1 Uhr vorm. und von 3-5 Uhr nachm.
1,40 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Wilsber.

Sonntag, den 31. Dezember (Silvester), abends 7 1/2 Uhr:
Ball
mit Tannenbaum-Verlosung und Preisgegnen im Lokale des Herrn G. Uhrer (Herberge), mit Einführung von nur Verbandsmitgliedern. Mitgliedsbuch legitimiert. NB. Das Preisgegnen dauert am selbigen Tage nachm. von 4-10 Uhr. Für Preise sind ausgelegt: 1. Preis 12 Mk., 2. Preis 8 Mk., 3. Preis 5 Mk., 4. Preis 3 Mk., 5. Preis 2 Mk. Abgabe präzis 10 Uhr.
1,95 Mk.] Das Komitee.

Zahlstelle Wunsiedel.

Sonntag, den 7. Januar 1906, nachmittags 3 1/2 Uhr, tagt unsere Versammlung im „Alten Schützenhaus“. Tagesordnung: Berlesung des Protokolls, Abrechnung, Vorschläge der Bevollmächtigten und Revisionen. Wahl der Kartelldelegierten. Verbandsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen erwarten
1,35 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Die Beileidigung, die ich gegen den ersten Bevollmächtigten der Zahlstelle Werder a. S., F. Schugard, getan habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre meine Behauptung für unwahr.
Werder a. S., 15. Dezember 1905.
Kraft.

Die Beileidigung, die ich gegen den Kassierer der Zahlstelle Werder a. S., Oskar Speltatis, geäußert habe, nehme ich hiermit zurück und bebaure, dieselbe gemacht zu haben.
Werder a. S., 15. Dezember 1905.
August Str.

Achtung! Achtung!

Den Kollegen und Kolleginnen von Elmshorn hiermit zur Kenntnis, daß ich das
Kolonial- und Fettwaren-Geschäft
meines Vaters übernommen habe. In dem ich prompte und reelle Bedienung zusichere, zeichne mit kollegialem Gruß
4,25 Mk.] Jakob Schröder, Schillerstr. 11.